

Auch eine statistische Berechnung über die vorhandene Lehrlingszahl, Arbeitszeit und Feiertagsbezahlung wurde in den Versammlungen erörtert; nach dieser kamen auf zirka

100 Druckergehilfen	25 Lehrlinge,
100 Lithographengehilfen	50 „
Die Statistik ergibt eine Durchschnittsarbeitszeit pro Tag für	
Maschinendrucker	9 $\frac{1}{4}$ Std.
Handpressendrucker	9 $\frac{1}{4}$ „
Lichtdrucker	9 „
Schleifer	9 $\frac{1}{4}$ „
Chromo-Lithographen	8 $\frac{1}{4}$ „
Merkantil- „	8 $\frac{1}{2}$ „
Kartographen	8 $\frac{1}{2}$ „
Chemigraphen	8 $\frac{1}{2}$ „

Die Feiertage erhalten $\frac{2}{3}$ unserer Kollegen ganz und ein kleiner Teil halb und die übrigen garnicht bezahlt.

Akkordarbeit ist besonders bei den Steindruckern gering, bei den Lichtdruckern und Chemigraphen fast ausgeschlossen und bei den Lithographen etwas mehr vorhanden.

In allen Versammlungen kam nachstehende Resolution zur Annahme, welche in einzelnen Städten einige der Ansicht der Kollegen entsprechende Abänderung erfuhr:

Die anwesenden Lithographen, Steindrucker, Chemigraphen, Lichtdrucker und Berufsgenossen erkennen an, dass durch tarifliche Vereinbarungen mit den Arbeitgeber unsere ganzen Berufsverhältnisse in geregelte Bahnen gelenkt werden können.

Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, wie auch die vielfach vorhandene grosse Lehrlingszahl, schaffen sehr oft Schmutzkonkurrenz, welche beide Teile, Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber, oft schwer schädigen. Hier Abhilfe zu schaffen, halten die Anwesenden für ihre Pflicht und beschliessen daher:

1. An die Arbeitgeber, beziehungsweise Arbeitgeber-Verbände, sind den Tarifvorlagen entsprechende Anträge auf Einführung einer Tarifgemeinschaft zu stellen.
2. Bei Abschluss einer Tarifvereinbarung ist in erster Linie eine Regelung des Lehrlings-Verhältnisses vorzusehen; wie Zahl, Dauer und Art der Arbeitsleistung für dieselben.
3. Im weiteren ist im Tarif vorzusehen: eine maximal Arbeitszeit, Feiertagsbezahlung, Abschaffung eventuell Zuschlag für Ueberstunden und ein festgesetzter Mindestlohn.
4. Zur Durchführung obiger Resolution wird der Vorstand des »Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands« in Gemeinschaft mit der Ortsverwaltung dieses Vereins beauftragt, zu geeigneter Zeit entsprechende Anträge an die Arbeitgeber beziehungsweise Arbeitgeberverbände zu stellen.

Wir lassen nun die Einzelberichte folgen:
Altenburg. Referent Obier. Versammlung gut besucht, auch von Nichtmitgliedern. Der Schleiferlohn ist gegenüber den der gelernten Arbeiter zu hoch befunden. Resolution wurde einstimmig angenommen.

Aschaffenburg. Referent Mössinger. 22 Kollegen anwesend. Für Lithographen wurde ein höherer Mindestlohn gewünscht und für Umdrucker soll der Mindestlohn gleichmässiger sein als im Tarif vorgesehen ist. Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ascherleben. Referent Czech. Anwesend 18 Koll. Die prinzipielle Stimmung war nach reger Diskussion für einen Tarif und wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Augsburg. Referent Schmid-München. Versammlung gut besucht. Für die Tarifvorlage war keinerlei Sympathie vorhanden. Die verschiedenen Minimallohnskalen bei den Umdruckern und Maschinenmeistern sollen fortfallen und auch für Steindrucker eine kürzere Arbeitszeit gefordert werden. Die Versammlung erklärte sich im Prinzip für Tarifgemeinschaft und wurde der Resolution zugestimmt.

Barmen. Referent Sillier. Anwesend 80 Personen. In der regen Diskussion sprachen sich die Redner gegen die verschiedenen Minimallohnskalen aus und soll einheitlich für Lithographen und Steindrucker 21 und 24 Mk. Minimallohn gefordert werden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Bautzen. Referent Bartel-Müglitz. Anwesend 75 Kollegen. Die Diskussion ergab eine Ablehnung der verschiedenen Lohnskalen bei den Steindruckern und wurde nur ein Mindestlohn für bis 1 Jahr Ausgelernte gewünscht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Berlin. (Lithogr. und Steindr.) Anwesend 200 Personen. Referent Herr Schliebs, Geschäftsführer der Tarif-Amtes der deutschen Buchdrucker, gab in seinen Ausführungen einen geschichtlichen Ueberblick der Entwicklung tariflicher Vereinbarungen im Buchdruckergewerbe. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Diskussion, in welcher sich die Mehrzahl der Redner mit dem vom Hauptvorstand vorgelegten Tarif einverstanden

erklärten. Bemängelt wurde, dass die Minimalpositionen für Um- und Andruck angeblich zu niedrig angesetzt seien. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Berlin. (Cemigraphen.) Referent Sahn. Anwesend 200 Kollegen. Der Versammlungssaal erwies sich nicht als ausreichend. Die Diskussion für einen Tarif war eine rege. Der Entwurf soll in Geschäftsversammlungen noch weiter besprochen werden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Berlin. (Lichtdr.) Referent Sahn. Anwesend 60 Kollegen. Die Diskussion war eine rege und wurde der Tarifentwurf nach Festsetzung eines Mindestlohnes angenommen, ebenfalls die Resolution einstimmig.

Berlin. (Schleifer.) Referent Rose. Anwesend 47 Kollegen. Dem Tarifentwurf wurde zugestimmt und die Resolution einstimmig angenommen.

Bielefeld. Referent Busse. Versammlung gut besucht. Diskussion rege. Die Mindestlohnskalen für Steindrucker wurden kritisiert und die Resolution angenommen.

Brandenburg. Referent C. Borisch. Anwesend waren 71 Kollegen. In der Diskussion wurde es begründet, dass man sich zu einer allgemeinen gleichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für ganz Deutschland entschlossen habe, womit der vielfach seitens der Provinzdruckereien geübten Schleuderkonkurrenz entgegengetreten werde. Heute verweise der Unternehmer der norddeutschen Grossstädte auf die süddeutsche Konkurrenz und umgekehrt dieselbe auf die Konkurrenz der norddeutschen Provinzdruckereien, diesem Zustande müsse ein Ende bereitet werden. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Braunschweig. Referent Menke. Anwesend 35 Kollegen. Nach stattgefundener Diskussion wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Bremen. Referent Müller-Bremen. Versammlungsbesuch gut. Einstimmige Annahme der Resolution, nachdem einstimmig das Wort »Zahl« aus dem Absatz über die Lehrlingsfrage gestrichen worden ist, da sich die Kollegen prinzipiell gegen die Einführung der Lehrlingskala erklärten.

Breslau. Referent Bartels-Berlin. Anwesend 150 Kollegen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass in Breslau die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit zu den schlechtesten zählen und die grössten Verschiedenheiten aufweisen; für Breslau wären Uebergangsbestimmungen nötig, um den Tarif durchzuführen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Bunzlau. Referent Bartels. Versammlungsbesuch auch von Buchdruckern gut. Nach stattgefundener Diskussion für den Tarif wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Chemnitz. Referent Müller-Schkeuditz. Besuch ein guter. Die Diskussion war gegen die verschiedenen Lohnskalen und wurde nur ein Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Jahre gewünscht, die übrigen Löhne je nach Leistung. Die Dauer eines Tarifs soll zwei Jahre nicht übersteigen. Die Resolution wurde angenommen.

Danzig. Referent C. Borisch. Anwesend waren 18 Kollegen, darunter 7 Nichtmitglieder. Am Tarifentwurf wurde nichts moniert, die Resolution fand einstimmige Annahme.

Darmstadt. Referent Werner. Anwesend 30 Koll. In der Diskussion wurde die schädigende Lehrlingsausbeutung und die hier noch bestehende Gefängnisarbeit beleuchtet. Die Versammlung war für tarifliche Abmächung und nahm die Resolution an.

Detmold. Referent Sillier. Anwesend 40 Personen. Gegen die verschiedenen Lohnskalen bei den Steindruckern sprach sich die Versammlung aus. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dortmund. Referent Sillier. Anwesend 17 Personen. Die Resolution wurde einstimmig nach kurzer Diskussion angenommen.

Dresden. Referent Müller-Schkeuditz. Versammlung gut besucht. Die Diskussion ergab eine starke Kritik gegen die verschiedenen Lohnskalen der Steindrucker, es soll nur ein Mindestlohn für Gehilfen im ersten Jahre gefordert werden und steigend nach Leistung. Um ein Zustandekommen des Tarifs zu ermöglichen, soll nur die Lehrlingsfrage einschliesslich Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Jahre, sowie die Arbeitszeitregelung gefordert werden; alles weitere soll später folgen. Die Resolution wurde angenommen.

Düsseldorf. Referent Sillier. Anwesend 42 Personen. Stimmung für eine Tarifvereinbarung günstig. Die Resolution wurde angenommen. Die Diskussion ergab eine Gegenstimmung gegen die Lohnskalen der Steindrucker. Chemigraphentarif zugestimmt.

Duisburg. Referent Müller-Krefeld. Versammlung gut. Stimmung für Tarif günstig. Resolution gegen eine Stimme angenommen.

Eberfeld. Referent Sillier. Anwesend 52 Personen. Stimmung für Tarif günstig, aber gegen die Lohnskalen der Steindrucker. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Erfurt. Referent Obier. 50 Proz. der organisierten Kollegen anwesend. Stimmung für Targgemeinschaft aber gegen den vorgelegten Tarif. Wunsch eines festen Lohnsatzes für Um- und Andrucker nach einjähriger Thätigkeit. Befürchtung besonders bei Lithographen, dass Minimallohn Maximallohn wird. Resolution einstimmig angenommen.

Fortsetzung der Berichte in nächster Nummer.

Goffart in Leipzig.

Herr Goffart aus Brüssel, der jedenfalls in seinem Lande kein Glück hat mit arbeitswilligen Lithographen, ist hier erschienen, um sein Personal zu vervollständigen.

Lithographen für Kreide werden nach Brüssel gesucht. Bewerber wollen sich im Hotel »Sachsenhof« beim Portier melden.

Obige Annonce erschien in einigen Leipziger Zeitungen und gleichzeitig bekamen alle, welche im Klimschen Anzeiger annonciert hatten, von der Farbenfabrik Berger & Wirth Mitteilung, sich im Sachsenhof zu melden.

Hier wurde den Meldenden in diskreter Weise durch einen Dolmetscher mitgeteilt, dass Herr Goffart, der auch selbst zugegen war, 20 bis 24 Lithographen nach Brüssel engagiert zu folgenden Bedingungen: Lohn 41 Franks bei 10stündiger Arbeitszeit; Rückerstattung der Reisekosten nach einjähriger Thätigkeit. Keine Zucht- und Hausbehandlung, wie in Deutschland üblich, sondern sehr freies Arbeiten und sehr humane Behandlung und im weiteren noch Lebensstellung. Abreise so schnell als möglich; Fahrkosten werden vorläufig vom Lohne wieder abgezogen.

Es meldeten sich eine grosse Anzahl, unter anderen auch Verbandsmitglieder, teilweise unter fingierten Namen, um die vorzüglichen Bedingungen zu erfahren. Herr Goffart engagierte alles, was kam und ihm versicherte, Nichtverbändler zu sein; der Herr muss nun wohl doch im Zweifel gewesen sein, ob er viele Gefährten finden wird, denn er bot schliesslich einem blutjungen Lithographen gar 44 Franks und anderen bis 45 Franks.

Wir schätzen daraus, dass Herr Goffart denn doch nicht den gewünschten Erfolg hatte. Bei einem aber, bei dem Lithographen Michael, dem in Leipzig der Boden zu heiss wurde, hat Herr Goffart Glück gehabt. Dieser Michael, welcher wegen nicht abgelieferter Beiträge für verkaufte Beitragsmarken vom Verein ausgeschlossen wurde und bei einer ganzen Anzahl von Kollegen und Restaurateuren wegen allzu-grosser »Ehrlichkeit« in gutem Andenken steht, geht selbst mit nach Brüssel und versuchte verschiedentlich andere dazu zu überreden; wie weit er damit Glück hatte, wird die Zeit lehren.

Herr Goffart bestimmte die Züge Sonnabend 9 Uhr 54 Min. abends und Sonntag 10 Uhr 25 Min. vormittags zur Abfahrt und es hatten sich denn eine ganze Anzahl Leipziger Kollegen am Bahnhof eingefunden, um den schlichten, ehrlichen Arbeitern das feierliche Geleit zu geben; aber wer nicht kam, war Goffart mit seinen Getreuen. Ob es Herrn Goffart zu schwül in Leipzig geworden war und er es vorgezogen hat, früher abzudampfen, wissen wir nicht; vermuten aber, dass seine Begleiter sich geschämt haben.

Eine brennende Frage.

Als vor ungefähr einem Jahre das Zirkular des Hauptvorstandes erschien, machte ich mir die Mühe und schrieb einen Artikel (den ersten) hierzu. Ich machte seinerzeit den Vorschlag, ein Auskunftsbuch anzulegen. Einige Zahlstellen, darunter auch die Münchener, erklärten meinen Vorschlag gewissermassen als nicht annehmbar, da ein derartiges Buch zu schnell veralten würde, weil sich die Verhältnisse in den Geschäften oft ändern. Von anderer Seite tauchte der Vorschlag auf, die »Graph. Presse« hierzu zu benutzen. Ich schrieb dann noch eine Erwiderung und dann — wurde es mit einem Mal still. Jetzt taucht in No. 3 der »Gr. Pr.« unter »Eine brennende Frage« wieder die Debatte über das Zirkular des Hauptvorstandes auf. Es ist natürlich freudig zu begrüssen, dass die Frage wieder aufgetaucht ist, da der Artikelschreiber nichts neues bringt, sondern vieles von mir schon früher geschriebenes nur wiederholt, so ist es nicht nötig, sich hiermit weiter zu beschäftigen. Die Hauptsache ist doch, dass wirklich brauchbare Vorschläge gemacht werden, damit diese brennende Frage endlich mal ihre Erledigung findet. Das beste, was meiner Meinung nach hierüber geschrieben ist, war das in No. 5 der Gr. Pr. aus München, die dortige Verwaltung hat sich nach ihren eigenen Angaben ein Auskunftsbuch angelegt und ist damit gemissermassen meinem im vorigen Jahre aufgemachten Vorschlag nachgegangen, wenn auch lange nicht in dem Masse, als wie ich es mir gedacht und auch heute noch darüber denke. Die Münchener Zahlstelle ist ja

nun in der Lage, von auswärts anfragenden Kollegen sogleich genügende Auskunft geben zu können, dieselbe kann in München beschäftigten Kollegen, die sich verändern wollen oder dieses grösstenteils müssen, aber auswärtige Zahlstellen keine Auskunft geben, da ein Auskunftsbuch über diese Zahlstelle nicht in ihrem Besitz ist. Ja, wird die Münchener Verwaltung sagen, lasst doch diese Kollegen daselbst anfragen und um Auskunft ersuchen, ja, da liegt eben der Haase im Pfeffer. Die Münchener Verwaltung giebt selbst zu, dass verteuert wenig Kollegen anfragen, der eine will Porto sparen, dem anderen dauerts zu lange und was sonst dergleichen Gründe mehr sind. Hätte vielleicht der betreffende Kollege den die Münchener Verwaltung in ihrem Artikel erwähnt, in der Zahlstelle, wo er sich befand, ein Auskunftsbuch über die Münchener Zahlstelle besitzen, so hätte er sich gewiss nicht für 18 Mk. engagieren lassen, er würde dann aus dem Auskunftsbuch ersehen haben, dass der Minimallohn in München 24 Mk. oder auch noch mehr beträgt. Ich will nun nochmals hier meine Meinung aussprechen, wie ich mir die Sache gedacht habe. Es wird ja alljährlich ein Taschenkalender für Lithographen und Steindruckere herausgegeben, warum kann nun nicht ebensogut alljährlich ein Auskunftsbuch herausgegeben werden, ungefähr im Format unserer Vereinsstatuten. Wenn ich im vorigen Jahre für ein Auskunftsbuch plauderte, in dem sämtliche Firmen verzeichnet sein sollten, so bin ich davon abgekommen, da auch ich mir sage, dass ein dergartiges Buch im Verhältnis zu seinem Wert zu grosse Kosten verursachen würde. Ich denke mir nun das Buch folgendermassen angelegt: Sämtliche Zahlstellen werden darin alphabetisch angeführt und bei jeder einzelnen kurz erwähnt, wie viel der Minimallohn und der sonst im allgemeinen übliche Lohn beträgt, sowie Arbeitszeit und ausserdem die für organisierte nicht zu empfehlenden Firmen. Hier für Kiel würde (meines Wissens nach) ungefähr folgendes anzuführen sein: Minimallohn für ausgearbeitete 21 Mk., im übrigen schwankt der Lohn zwischen 24—33 Mk., die Arbeitszeit beträgt 9 Std., Feiertage werden bezahlt. Als für organisierte nicht zu empfehlende Firmen wären hier zu nennen folgende Firmen: Es soll dieses nur ein Beispiel sein, um zu zeigen, dass mit wenig angeführtem doch genug gesagt werden kann, ein auf diese Art angelegtes Buch würde wohl nicht stärker als wie unsere Statuten und könnte ein dergartiges handliches Buch gut jedes Jahr herausgegeben werden. Die Aufstellung müsste unter Zuhilfenahme der Verwaltungsvorstände vom Hauptvorstande aus geschehen. Die Kosten würden wohl leicht dadurch gedeckt, dass sich viele Kollegen sowie auch die Verwaltungen ein solches Buch zulegen würden, da der Preis meiner Meinung nach sich vielleicht nur auf 30 bis 50 Pf. belaufen würde; es müsste selbstredend die Auflage eine dementsprechende sein, woran ich kaum zweifle, es käme ja eventuell auf einen Versuch an. Wenn der Kollege H. K. aus Markneukirchen nicht begreifen kann, wie es solche Kollegen geben kann, die Anregung zu einem Auskunftsbuch gegeben haben; ebensogut verstehe ich den Kollegen nicht, wie wir dazu die »Gr. Presse« benutzen wollen, es wäre damit nicht viel gewonnen, wenn wir diejenigen Firmen veröffentlichen wollen, die für organisierte nicht zu empfehlen sind. Die Kollegen sollen auch wissen, wie vor allem die Lohnbedingungen, Arbeitszeit u. s. w. bei den zu empfehlenden Firmen sind, damit sie doch nicht ungewillt zu Lohndrückern werden, wie es ja leider nur zu oft vorkommt. Wenn nach dem von mir angeführten Beispiele verfahren würde, so würde sich ein einigermaßen aufgeklärter Kollege selbst seine Meinung bilden und entsprechend seinen Fähigkeiten einen angemessenen Lohn verlangen. Es würde dann wohl nicht mehr so oft vorkommen, dass die in einer Zahlstelle befindlichen Löhne durch auswärtige Kollegen herabgedrückt werden. Würde nach dem Vorschlage des Kollegen H. K. verfahren, so würde unsere »Graph. Presse« eine ewige Warnungstafel sein und würden wir damit wohl ein wenig unter den Gewerkschaften dastehen, nur wo unvermutet Differenzen ausbrechen, kann die Graph. Presse zur Warnung benutzt werden. In No. 8 der Gr. Pr. fragte ein Kollege, der sich auch zu dieser Sache äusserte, bescheiden an: »Welche Stellung nimmt übrigens der Hauptvorstand in dieser »brennenden Frage« ein?« Ich kann dieser Frage des betreffenden Kollegen nur meine volle Zustimmung geben, denn auch ich habe mich sehr gewundert, dass der Hauptvorstand, nachdem derselbe doch einmal diese Frage aufgeworfen hat, sich jetzt vollständig darüber ausschweigt, sind denn die Mitglieder des Vereins dazu da, um dem Hauptvorstand annehmbare Vorschläge zu machen oder ist der Hauptvorstand für die Mitglieder da. Ich denke, dass letzteres der Fall ist. Ich hoffe und mit mir wohl viele Kollegen, dass der Hauptvorstand sich baldigst zu dieser »brennenden Frage« äussert, damit nun endlich mal etwas positives geschaffen wird; oder ist der Hauptvorstand zur Zeit zu sehr mit der Tarifeinführung (die meiner Meinung nach viel zu früh ins Werk gesetzt wurde) beschäftigt? Kollegen, die sich mit dieser Sache beschäftigen, möchte ich bitten, sich erst mit einer Frage zu befassen und nicht fortwährend neues anzuregen. So tauchen zur Zeit Artikel auf »Zur Schleiferfrage« und »Extra-Arbeitslosenunterstützung«. So wichtig auch diese Fragen sind, so bin ich doch der Meinung, dass wir erst die eine Frage lösen, bevor wir uns mit etwas

anderem beschäftigen, sonst wird es immer nur erst halbe Arbeit. Zum Schluss möchte ich auch dem schon von d. Münchener Zahlstelle erwähnten Adressenverzeichnis einige Worte widmen. Auch ich bin der Meinung, dass die jetzige Veröffentlichung derselben absolut nicht genügt, dasselbe muss des öfteren, mindestens vieljährlich einmal, in der Presse bekannt gegeben werden, ich denke, dass dieser Raum in der Presse dann besser ausgenutzt ist, als wenn da eine schwarze Liste der nicht zu empfehlenden Firmen mit angefügt ist. Wie ungenügend das jetzige Adressenverzeichnis ist, davon kann ich selbst ein kürzlich erlebtes Beispiel anführen. Frage da vor kurzem bei mir ein Kollege aus Oesterreich über die Verhältnisse bei einer hiesigen Firma an; dieser Brief des betreffenden Kollegen war an eine Wohnung gerichtet, die ich vor zwei Jahren inne gehabt habe, auch bin ich seit zwei Jahren kein Kassierer mehr. Also hat auch mein Name seit dieser Zeit nicht mehr in dem Adressenverzeichnis gestanden. Der betreffende Kollege hat also demnach ein Verzeichnis in Händen gehabt, welches vor zwei Jahren herausgegeben war. Ich habe in diesen zwei Jahren zweimal meine Wohnung gewechselt und ist es wohl nur der Fingigkeit der Post zu verdanken, dass dieser Brief überhaupt in meine Hände gekommen ist. Ich denke, dass dies eine Vorkommnis, das auch gewiss in anderen Zahlstellen vorkommt, das Hauptvorstand veranlassen wird, das Adressenverzeichnis mindestens in derselben Weise wie früher in der »Gr. Pr.« zu veröffentlichen.

Kiel.

H. M.

Zur Aufklärung.

Wie bereits mitgeteilt, haben sämtliche in der Steindruckerei der Blechballagenfabrik Schäfer's Nachflg. Berlin, Lützowstr. 107/8 als Umdrucker und Maschinenmeister beschäftigten Verbandskollegen einmütig die Arbeit niedergelegt. Schon im Januar d. J. war die Situation in diesem Betrieb, hervorgerufen durch das unkollegialische Verhalten eines zur Zeit noch dort beschäftigten Maschinenmeisters N. eine derartige, dass der Ausbruch eines ernstlichen Konfliktes als unvermeidlich erschien. Der Hergang ist kurz folgender: Besagter Kollege war von dem damaligen Oberdrucker verschiedener Unregelmässigkeiten halber entlassen worden, verstand es jedoch bei seinem Abgang, denselben bei der Direktion derartig anzuschwärzen, dass dessen Entlassung vor sich ging und die Wiedereinstellung des Herrn N. wie er selbst verbreitete, als Oberdrucker erfolgen sollte. Nunmehr erklärten unsere bisher dort beschäftigten Kollegen, dass sie mit einem Denunzianten, der sich obendrein seiner Handlungsweise mit den Worten: »Den habe ich gestürzt, jetzt tritt in der Bude eine Umwälzung ein, die sich kein Mensch träumen lässt« öffentlich gerühmt hatte, unter keinen Umständen, evtl. noch als Vorgesetzten zusammen arbeiten würden. Letzterer wurde angenommen; da sich besagter Herr mehrfach in öffentlichen Lokalen dahingehend ausgesprochen hatte und ausserdem mehreren Kollegen mit dem Bemerkten, dass, wenn er erst wieder drin sei, verschiedene ausfliessen würden, für die allernächste Zeit Stellung angeboten hatte.

Um ernste Konflikte zu vermeiden, hielt es die unterzeichnete Verwaltung für geboten, bei der Direktion vorstellig zu werden, und wurde nach längerer Verhandlung folgende Vereinbarung erzielt: »Maschinenmeister N. tritt wieder ins Geschäft ein, jedoch wird derselben eine leitende Stellung innerhalb des Betriebes nicht übertragen.« So wenig unseren bisher dort beschäftigten Kollegen die so zwischen Direktion und Verwaltung getroffene Vereinbarung gefallen mochte, hielten sich dieselben jedoch aus Gründen der Gewerkschaftsdisziplin für verpflichtet, dieselbe zu respektieren und bemühten sich ihrerseits, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen als möglich erschien, ein einigermaßen leidliches Arbeitsverhältnis herbeizuführen. Leider ohne Erfolg. Abgesehen davon, dass es nach dem bisher Vorgefallenen unseren Kollegen schwer fiel, die Ruhe zu bewahren, liess es Herr N. nach seinem nunmehr erfolgten Wiedereintritt an provozierenden Aeusserungen, wie z. B.: »Die ich raus haben will, kommen doch raus, dafür werde ich schon sorgen«, u. s. w. nicht fehlen. Trotzdem hielten unsere Kollegen in anerkennenswerter Weise an sich und waren ehrlich bemüht, die seitens der Verwaltung und Direktion getroffenen Vereinbarungen zu respektieren. Durch ein an sich geringfügiges Ereignis kam der Stein ins Rollen. Der bisherige Vertrauensmann, Kollege B., der sich in dieser Funktion den besonderen Hass des Herrn N. zugezogen hatte, erhielt den Auftrag, eine bereits angefangene, schlecht passende Auflage weiter zu drucken, resp. dieselbe durch die noch fehlende letzte Farbe möglichst brauchbar zu gestalten. Um diesem Auftrag gerecht zu werden sah sich Kollege B. veranlasst, eine geübte, zur Zeit gerade mit einer einfachen Arbeit beschäftigte Anlegerin zur Bedienung seiner Maschine heranzurufen. Sofort erschien jedoch Herr N., hielt die vom Kollegen B. bediente Maschine an und verlangte kategorisch, dass die betreffende Arbeiterin sofort zu ihrer vorigen Beschäftigung zurückkehre. Kollege B. verbat sich diesen Eingriff in seine Rechte auf das energischste und stiess Herrn N. zurück, worauf derselbe den Kollegen B. mit einem Schraubenschlüssel bedrohte, was dem anwesenden Hilfspersonal Veranlassung gab, die übrigen Drucker zur

Hilfeleistung herbeizurufen. Auf Grund dieses an sich bedauerlichen Vorganges wurde nun seitens der Direktion nicht etwa gerechter Weise N. und B., sondern Kollege B. und ein demselben zur Hilfe geeilter Kollege entlassen, worauf sämtliche Verbandskollegen sowie ein Teil des Hilfspersonals die Arbeit niederlegten. Ein weiterer von der Verbandsleitung unternommener Verständigungsversuch verlief leider resultatlos. Auf unseren Einwand, dass der unangenehme aber durchaus verständliche Zwischenfall auch unsererseits nicht gutgeheissen werde und wir im Falle einer gleichzeitigen Entlassung des Herrn N. keinerlei Veranlassung zu irgend welchem Protest genommen hätten, erklärte die Direktion: »Allerdings seien beide schuldig, aber man entlasse, um Frieden zu haben, den minder guten und behalte den guten Drucker, und das sei in diesem Falle Herr N.« Unsere Gegengrede, dass ein dergartiges Vorgehen nicht der Gerechtigkeit entspräche, wurde mit dem Hinweis auf das im Vordergrund stehende Geschäftsinteresse abgewiesen. Auch unser Hinweis, dass durch den ferneren Verbleib des N. eine fortwährende Gefahr für den inneren Frieden bestehe, zumal derselbe mehrfach thätlich gegen Arbeiterinnen vorgegangen sei, wurde mit einem Hinweis auf dessen Temperament entschuldigt, sodass die Verhandlungen, wie schon bemerkt, eine Verständigung nicht erbringen konnten. Kollegen! Wir haben uns bemüht, in kurzen Zügen ein wahrheitsgetreues Bild der dem Streik vorausgegangenen Vorgänge zu geben.

Unsererseits wurde alles gethan, um einen ernstlichen Konflikt zu vermeiden, die Schuld liegt auf seiten der Direktion, für welche anscheinend, wie aus den Verhandlungen ersichtlich, nur eine technische, aber keine moralische Qualifikation in Frage kommt. Die Direktion wird es ihren Aktionären gegenüber zu verantworten haben, wenn der Betrieb zurückgeht. Schon heute macht sich die Wirkung unseres Kampfes fühlbar, indem die vom Druckereibetrieb abhängigen Stanz- und Prägeressort zu teilweise Einschränkungen des Betriebes gezwungen sind, sodass wir den weiteren Verlauf des Kampfes mit Ruhe entgegensehen.

Eine weitere vom Verein getroffene Massnahme, welche noch einiger Worte der Aufklärung bedarf, ist die über die Firma W. Hageberg, Marienstr. 19-20 verhängte Sperre. Dieses Vorgehen erschien notwendig, indem die Firma, wohl in Ueberschätzung ihres im Jahre 1896 erfochtenen Sieges, sich zu geschäftlichen Massnahmen verstieg, welche geeignet sind, das materielle Interesse unserer Berufskollegen auf das empfindlichste zu schädigen. Zur Illustrierung der von der Geschäftsleitung in dieser Beziehung geübten Praxis halten wir es für notwendig, in Nachstehendem einige besonders markante Fälle der Kollegenschaft zur Beurteilung zu unterbreiten.

Kollege A. platzt einen Stein, der Fall wird untersucht, ein Verschulden wird nicht nachgewiesen, trotzdem erfolgt ein Lohnabzug von Mk. 10,—. A. platzt wieder einen Stein; es werden ihm jede Woche 1,50 Mk. abgezogen ohne jede weitere Mitteilung, in welcher Höhe der Gesamtabzug erfolgen soll. Infolge einer nach mehreren Wochen erfolgten Reklamation werden die Abzüge eingestellt.

Kollege B. druckt Grau, beim Weiterdruck verstärkt sich die Platte (ein Vorgang, der verständlich erscheint, wenn hinzugefügt wird, dass fast alle Umdruckerei nur halbfertig hergestellt werden). Da B. diesen Fehler erst nach Fertigstellung einer Anzahl Bogen bemerkte, erfolgte ein Abzug von 10 Mk.

Kollege C. druckt Wedgwoodgrund; die Farbe verändert sich beim Weiterdruck, sodass etwa 50 Bogen von dem Andruck abweichen. Es erfolgt ein Abzug von 6 Mk.

Kollege D. druckt einen Kalender mit Bronze-eindruck; beim Bronzieren und Abstauben werden eine Anzahl Bogen eingerissen, es erfolgt ein Abzug von Mk. 4,—.

Kollege E. platzt einen Stein; die Untersuchung bringt keinen Schuldbeweis. E. ist 10 Jahre im Geschäft, gilt als gewissenhafter Arbeiter und wird — entlassen!

Kollege F. platzt einen Stein, ein Schuldbeweis liegt nicht vor; Resultat Mk. 5,— Strafe. F. ist zehn Jahre im Geschäft, er verweigert die Bezahlung derselben, worauf Kündigung erfolgt, die später zurückgenommen wird.

Kollege G. verätzt einen Stein, Kosten entstehen nicht, er erhält das Prädikat »Idiot«.

Kollege H. ist gekündigt, platzt einen Stein. Bei seinem Abgang erfolgt ein Abzug von Mk. 10,—, weil H. nachträglich an dem Stein geschraubt haben soll. H. klagt beim Gewerbegericht; die Firma wird verurteilt und erhebt sofort die Gegenklage auf Mk. 150 Schadenersatz, welche zur Zeit noch nicht entschieden ist.

Kollegen! Im Vorstehenden haben wir gezeigt, wie die Weltfirma Hageberg ihrerseits bemüht ist, das in jedem Betriebe bestehende Verlust-Conto auf Kosten der Arbeiter zu verringern. Es besteht Gefahr, dass das von der Firma Hageberg zur Zeit beliebte System, sofern nicht unsererseits einschneidende Massnahmen getroffen werden, bei der engen Koalition unserer Unternehmer in absehbarer Zeit zum Gemeingut aller im Luxusring vereinigten Fabrikanten werden dürfte. Es besteht die Gefahr dass man versuchen wird, ganz gleich in welchem Sinne das Urteil in dem zur Zeit noch schwebenden Prozess gefällt wird, durch Aenderungen der Fabrik-

